



Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

14. Sitzung (öffentlich)

9. Juni 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:50 Uhr

Vorsitz: Margret Vosseler (CDU)

Protokoll: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
– Aussprache	5
1 Sachstand beim Bildungs- und Teilhabepaket für Kinderzuschlags- und Wohngeldempfänger	6
Vorlage 15/588	
Information 15/104	
– Aussprache	6
2 Kinder- und Jugendförderplan 2011 - 2015	11
Vorlage 15/629	
– Aussprache	11

8 NRW schützt Frauen und Mädchen vor Gewalt 29

Antrag
der Fraktion der SPD
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 15/1196

Ausschussprotokoll 15/207

Der Ausschuss hat sich bereits vor Eintritt in die Tagesordnung einvernehmlich darauf verständigt, die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes wegen des in der SPD-Fraktion noch bestehenden Beratungsbedarfs in der heutigen Sitzung nicht vorzunehmen.

9 Stand der Gespräche in der AG Konnexität 30

Vorlage 15/665

Der Ausschuss meldet über die Vorlage 15/665 keinen weiteren Beratungsbedarf an.

10 Ergebnisse der Jugendministerkonferenz Tagung am 27. Mai 2011 in Essen 31

6 Erstes Gesetz zur Änderung des Kinderbildungsgesetzes und zur Änderung des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes – Erstes KiBiz-Änderungsgesetz

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/1929

Ausschussvorsitzende Margret Vosseler resümiert das bisherige Beratungsverfahren:

Der hiesige Ausschuss habe in seiner Sondersitzung am 20. Mai eine Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/1929 beschlossen und seine weitere Beratung für die heutige Sitzung vereinbart.

Wunschgemäß habe sie den Vorsitzenden des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration gefragt, ob er "seine Sitzung" am 22. Juni ausnahmsweise später beginnen lassen könne, um den Mitgliedern, die beiden Ausschüssen angehören, die Teilnahme an den Sitzungen zu ermöglichen. Da der AGSI am 22. Juni selbst eine Anhörung ab 13:30 Uhr und anschließend eine weitere Sitzung durchführe, sei dies leider nicht möglich.

Der Leiter des Stenografischen Dienstes habe ihr mitgeteilt, dass seine Zusage, das Ausschussprotokoll zur Anhörung bis zum 29. Juni erstellen zu lassen, an die zeitliche Vorgabe "bis 13:00 Uhr am Anhörungstag" gekoppelt sei.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) bittet darum, in Zukunft Anhörungen nur auf solche Wochentage zu legen, an denen auch die regulären Sitzungen der Ausschüsse stattfinden.

Aus dem **Ausschuss** ergeben sich keine weiteren Wortbeiträge.

